

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/118

Bad Godesberg, den 26. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>"Schaden von Volk und Staat abwenden"</u> Die Aufgabe von Regierung und Parlament	65
2 - 3	<u>Entwurf des Atomsperrevertrages vorlägerief?</u> Washington und Moskau zu Kompromissen bereit Von Pierre Simonitsch, Genf	58
4	<u>Pfeifen nach Noten?</u> "Rheinischer Merkur" und die deutsche Frage	42
4a	<u>Der Toten Vermächtnis lebt weiter</u> <u>Dr. Kurt Geyer †</u> <u>Max Tockus †</u>	22 23
5	<u>Venezuela erholt sich</u> Aufbauerfolge nach sozialdemokratischen Grundsätzen Von unseren SD-1-Mitarbeiter	38

\* \* \*

"Schaden von Volk und Staat abwenden"

Die Aufgabe von Regierung und Parlament

sp - Der Bundestag tritt in dieser Woche zu seinen letzten Sitzungen vor der großen Sommerpause zusammen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die ersten Beratungen über die Notstandsgesetzgebung. Von gleicher Bedeutung sind jedoch alle jene Probleme, die in den Ausschüssen und selbstverständlich auch im Schoße der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt für das Jahr 1968 und mit der mittelfristigen Finanzplanung stehen.

Nun hat es in der vergangenen Woche eine Reihe von Meldungen gegeben, aus denen wohl hervorgehen sollte, daß bei notwendigen Streichungen zum Ausgleich des Bundeshaushalts und zur Vorbereitung einer mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahre 1971 Kürzungen vorgenommen werden sollen, die das soziale Gefüge in der Bundesrepublik ändern würden.

Zu diesen Meldungen ist zunächst grundsätzlich folgendes zu sagen: Es gibt niemanden in der Bundesrepublik, der sich nicht darüber klar wäre, daß die Bundesfinanzen nur in Ordnung gebracht werden können, wenn **k e i n e** der einzelnen Etatpositionen als Tabu betrachtet wird. Dazu gehört selbstverständlich auch der Verteidigungshaushalt.

Manche Kommentatoren machen sich die Sache aber einfach, indem sie erklären, man brauche z.B. beim Verteidigungshaushalt nur "einige Milliarden DM" wegzustreichen, dann würde alles in Ordnung kommen. Tatsache ist jedoch, daß beim Verteidigungshaushalt über 60 Prozent der Ausgaben durch gesetzliche Verpflichtungen festgelegt sind und daß infolgedessen nur etwa 30 bis 40 Prozent variabel bleiben. Streichungen im Rahmen dieser 30 bis 40 Prozent berühren zu einem großen Teil unmittelbar das gesamte wirtschaftliche Gefüge der Bundesrepublik. Es handelt sich hierbei um Ausgaben, die u.a. auch in Zusammenhang mit der Vergabe von Wirtschaftsvorhaben gesehen werden müssen, die - mit anderen Worten also - auch die Sicherung von Arbeitsplätzen berühren.

Wollte man also ganz hart an den Verteidigungshaushalt herangehen, dann müßte sich die Bundesregierung über die zukünftige Verteil-

gungsplanung klar werden, sie müßte den gesamten Verteidigungshaushalt in den Rahmen einer auf lange Sicht veränderten Verteidigungsplanung stellen. Ob das möglich ist und ob grundlegende Veränderungen schnell zu einer Veränderung der gesamten Ausgabenpolitik des Bundes führen können, ist sicher noch nicht geklärt. In der Haushaltsdebatte des Bundestages für den Etat 1967 wurde von sozialdemokratischer Seite diese Forderung an den Bundesverteidigungsminister gestellt. Es bleibt abzuwarten, in welcher Weise und mit welchem Tempo der Bundesverteidigungsminister dieser Forderung nachkommen wird.

Der von der Bundesregierung eingesetzte "Kabinettsausschuß für die mittelfristige Finanzplanung" wird vielfach als eine Art "Streichquintett" betrachtet, dem es obliegt, ohne Rücksicht auf politische Erwägungen rigorose Streichungen vorzuschlagen. Vergessen wird hierbei meist jedoch, daß dieser Kabinettsausschuß die Aufgabe hat, notwendige Streichungen mit dem erklärten Ziel der Bundesregierung in Einklang zu bringen, die Währung zu sichern, die Wirtschaft weiter zu beleben und dadurch eine Haushaltsplanung vorzubereiten, die *b e i d e s* gewährleistet. Etatkürzungen können bekanntlich auch zu Kaufkraftschwächungen breiter Schichten führen. Kaufkraftschwächungen jedoch würden nicht zur Belebung der Wirtschaft beitragen. Alles das muß als *G a n z e s* betrachtet werden, wenn bei dem Versuch zur Liquidierung der Erbschaft Erhards auf längere Sicht wieder stabile Verhältnisse in der Wirtschaft und eine übersichtliche Finanzgebarung bei den öffentlichen Finanzen erreicht werden soll.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - wir wiederholen es - hat sich zur Beteiligung an der Regierung mit dem Vorsatz bereitgefunden, Schaden von Volk und Staat abzuwenden. Im Ringen um die Stabilität der Währung, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Wiederbelebung der Wirtschaft wird sie sich in dieser schwierigen Situation bewähren. Von diesem Grundsatz wird sie sich bei den kommenden gewiß nicht leichten Entscheidungen leiten lassen. Dabei ist sie auch eingedenk jener Erfahrungen, die sie in der Zeit der Weimarer Republik gemacht hat.

Entwurf des Atomsperrvertrags vorlagereif ?

Washington und Moskau zu Kompromissen bereit

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die Entscheidung, wann der amerikanisch-sowjetische Entwurf eines Atomsperrvertrags veröffentlicht wird, ist jetzt praktisch nur noch von der weltpolitischen Entwicklung abhängig. Genfer Diplomatenkreise erwarten diese Entscheidung von den Gesprächen zwischen den beiden Supermächten am Rande der UNO-Generalversammlung. Die Sowjetunion steht vor dem Dilemma, ob sie in der gegenwärtigen delikatsten Weltsituation durch die Vorlage eines gemeinsamen Vertragsentwurfs mit den USA die Interessengleichheit dokumentieren kann oder ob sie lieber eine Abnützung der Abrüstungskonferenz in Kauf nehmen soll. Die 15 weiteren Verhandlungspartner in Genf sind des Wartens auf den versprochenen Text überdrüssig und bekunden den Willen, auf andere Verhandlungsobjekte, die den Großmächten weniger behagen, überzugehen.

Vetorecht auch für "potentielle Atomkräfte"

US-Delegationsleiter Foster und Sowjetbotschafter Koschitschin haben in ihren diskreten Verhandlungen den gesamten Vertragsentwurf mit Ausnahme eines Artikels unter Dach gebracht. Diesen einen Artikel, der die Überwachungsorgane des Vertrags betrifft, will man bis zur Lösung des komplizierten Problems offenlassen. Letztlich fertiggestellt wurde ein Text, der als Artikel 4 in dem noch geheimen Vertragsentwurf geführt wird und zusichert, daß keine Vertragsklausel - einschließlich der noch offenen Kontrollbestimmungen - zu einer Behinderung der friedlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Atomenergie führen darf. Für Artikel 5, an dem noch etwas herumgefeilt wird, haben die beiden Ko-Präsidenten der Abrüstungskonferenz die Idee aufgegriffen, außer den Atomkräften auch den potentiellen Atomkräften ein Vetorecht bei späteren Abänderungsanträgen einzuräumen.

Separatvertrag für "friedliche Explosionen?"

Beide Artikel bedeuten wichtige Zugeständnisse gegenüber den Staaten ohne Atomwaffenbesitz, die eine eventuelle Behinderung ihrer zivilen Atomprojekte durch die strenge Auslegung gewisser Vertragsklauseln befürchteten. Allerdings verbietet auch die letzte Entwurfsfassung die Herstellung von Atomsprengsätzen für "friedliche Explosionen" (Aushebung von Kanälen, Erdölbohrungen usw.), auf welche beispielsweise Indien und Brasilien eine Option behalten wollen. Die Großmächte machen geltend, daß sich Atomsprengsätze für kriegerische und für friedliche Zwecke technologisch nicht voneinander unterscheiden. Moskau und Washington bieten deshalb für diese im übrigen noch utopischen friedlichen Explosionen einen Separatvertrag an.

Keine Diskriminierung

Beim Revisionsartikel gingen die Vorstellungen der Großmächte ursprünglich dahin, daß ihnen allein ein Vetorecht zustehen sollte, falls später einmal von einer Mehrheit der Unterzeichnerstaaten Vertragsänderungen verlangt werden. Dieses beanspruchte Vetorecht war jedoch von mehreren Industriestaaten als diskriminierend und ihren Interessen abträglich empfunden worden, obwohl auch die Möglichkeit einer Überstimmung durch die Dritte Welt nicht befriedigen konnte. Man einigte sich nun auf die salomonische Lösung, das Vetorecht auf eine Reihe von Staaten auszudehnen, die sich bereits im Atomzeitalter befinden, ohne jedoch Atomwaffen zu besitzen.

Da eine geographische Aufteilung unumgänglich war, sollen die Staaten mit Vetorecht etwa den Mitgliedern des Gouverneursrates der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) entsprechen. Im Gouverneursrat der IAEA sind laut Statuten die fünf auf dem Gebiet der Atomwissenschaft am weitesten fortgeschrittenen Staaten der Welt sowie das jeweils in einer geographischen Region (Nordamerika, Lateinamerika, Westeuropa, Osteuropa, Afrika und Mittlerer Osten, Ferner Osten usw.) führende Land ständig vertreten.

Pfeifen nach Noten ?

"Rheinischer Merkur" und die deutsche Frage

sp - Mit der massiven Warrung an die CDU/CSU, sich rechtzeitig zu überlegen, wohin sie der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen und stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner in der Deutschlandpolitik "steuert", hat sich der Schweizer Journalist Rudolf Meyer, Bonner Vertreter der "Basler Nachrichten", in einer bisher kaum dagewesenen Weise in die Innenpolitik seines Gastlandes eingemischt. In einem Artikel "Einheit vor Freiheit?", den der CDU-freundliche "Rheinische Merkur" eine halbe (1) Zeitungseite Raum gibt, unterstellt Meyer Herbert Wehner, daß die SPD ein neutralisiertes Gesamtdeutschland höchst unbestimmter Gesellschaftsordnung anstrebe. Als Übergangsphase sei eine Konföderation mit der Sowjetzone vorgesehen, die nicht nur die wirtschaftliche Sechsergemeinschaft und die Reste der atlantischen Allianz zerstören, auch Freiheit und Parlamentarismus würden in Frage gestellt. Die SPD bemühe sich darum, dem "roten Saxoborussen" jene Plattform zu verschaffen, von der die Wiedervereinigung unter Hammer und Zirkel durchgesetzt werden könne.

Einem Schweizer, so betonte Meyer, steht es zwar zuletzt an, Wehners verzehrenden Eifer für sein deutsches Vaterland zu tadeln. "Rechtfertige jedoch das unverschuldete sozialdemokratische Trauma", so schreibt Meyer weiter, "als waterlandlose Gesellen beschimpft zu werden, überhastete Vorleistungen?" Abschließend stellte Meyer die Frage, ob die CDU/CSU auch abwäge, welche Risiken ihr bei der prinzipiell richtigen Entsparmungspolitik, zu der aber auch die Sowjets beitragen müßten, noch tragbar erscheinen. "Ungestraft läßt sich der Gegensatz zwischen der Freiheit und der Despotie ebensowenig versachlichen, wie das Totschießen von Menschen."

Bei den Meyerschen Auslassungen geht es nicht um die Meinungsfreiheit eines Journalisten. Es geht auch nicht darum, welche Ansichten dieser Journalist über die Politik der SPD oder auch nicht besitzt. Es geht um die Frage, wie weit sich ein Ausländer in die Innenpolitik seines Gastlandes einmischen darf. Wenn Herr Meyer in seinem Basler Heimatblatt solches schreibt, wie er es im "Rheinischen Merkur" von sich gab, so soll er das tun, oder auch bleiben lassen. In der Bundesrepublik selbst hat er die in internationalen Verkehr selbstverständliche Zurückhaltung zu üben, die wir auch dann ihm erraten würden, wenn er in einer SPD-nahen Zeitung die Politik der Union attackieren wollte. Aber sicher steckt da noch mehr dahinter. Es stellt sich die Frage: Welche einflußreichen Kreise in der Bundesrepublik lieferten Herrn Rudolf Meyer die Noten, nach denen er seine Melodie im "Rheinischen Merkur" blies?

Der Toten Vermächtnis lebt weiter

---

Dr. Kurt Geyer †

Das Leben von Dr. Kurt Geyer spiegelt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wider. Der Vater war in Leipzig mit Bebel befreundet und war Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie. Kurt Geyer studierte Staatswissenschaften und Ökonomie, er erwarb seinen Doktor mit summa cum laude, also mit höchster Auszeichnung. 1911 trat er der SPD bei - kam jedoch wegen der Kriegskredite in Konflikt mit der Parteiführung - und schloß sich der USPD an. Mit 28 Jahren wurde er für diese Partei als Abgeordneter in die "Nationalversammlung" gewählt. Später schloß er sich der KPD an, wurde jedoch kurz danach wieder ausgeschlossen. Geyer kehrte zu seiner alten Partei, der SPD, zurück. Der Parteivorstand berief ihn 1924 als stellvertretenden Chefredakteur an sein Zentralorgan, den "Vorwärts". Geyer war schon vor seiner Tätigkeit beim "Vorwärts" mit einer Reihe zeitkritischer Artikel hervorgetreten: - Nach 1933 emigrierte Geyer nach Prag und gab im Auftrag des Parteivorstandes den "Neuen Vorwärts" heraus. Die weiteren Stationen seines Emigrantendaseins waren: Frankreich, Spanien und England. Von London aus führte er - oft in Opposition zum Exil-Parteivorstand - den Kampf gegen die Hitlerdiktatur fort. Für eine Reihe namhafter deutscher Zeitungen war Geyer nach dem Krieg als englischer Korrespondent tätig und verfaßte eine größere Anzahl politischer Bücher. Der Tod setzte im 77. Lebensjahr dem nimmermüden Dr. Kurt Geyer ein Ende.

+ + +

Max Tockus †

Ende Juli 1965 konnte der PresseDienst der SPD von einer ungewöhnlichen Feierstunde berichten: Zum 90. Geburtstag von Max Tockus versammelten sich im Parteihaus in Frankfurt viele Freunde, um den Jubilar zu ehren. Jetzt ist Max Tockus gestorben. Mit dem Tod dieses unermüdeten Mannes, der sein Vaterland als jüdischer Mitbürger nach 1933 verlassen mußte, kam ein Leben zum Abschluß, das an Zähigkeit, Selbstverleugnung und Bescheidenheit sich würdig in die große Zahl jener einreicht, die vor und mit ihm der sozialistischen Bewegung und ihrem Land gedient haben. Von 1906 bis zum Jahre 1933 war Tockus Geschäftsführer der "Breslauer Volkswacht", einer sozialdemokratischen Zeitung. Der SPD gehörte der 1875 Geborene seit 1893 an. 1897 wurde er Mitglied der Gewerkschaften. Die Partei, die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften waren das Tätigkeitsfeld. Nach 1933 flüchtete Tockus in die Tschechoslowakei. Von Karlsbad aus führte er den politischen Kampf gegen die Verderber Deutschlands weiter. Nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei ging er nach Palästina, um als Landarbeiter dort sein Leben zu fristen. Später fand er in Amerika eine Heimstatt. 1956 kehrte er nach Deutschland zurück. In körperlicher und geistiger Frische nahm er bis zuletzt regen Anteil am öffentlichen Leben.

Wir gedenken dieser aufrechten und unermüdeten Männer, Max Tockus und Dr. Kurt Geyer, und verbeugen uns vor ihren Leistungen für unser Volk.

+ + +

## Venezuela erholt sich

### Aufbauerfolge nach sozialdemokratischen Grundsätzen

Von unserem HD-1-Mitarbeiter

Im Zeichen einer fühlbar nachlassenden Guerillatätigkeit feiert in diesem Jahr Venezuelas Hauptstadt Caracas ihren 400. Geburtstag. Jenseits aller Festlichkeiten und Freudenfeuer kann die nach sozialdemokratischen Grundsätzen seit 1959 regierende Partei der "Demokratischen Aktion" (AD) eine erfreuliche Bilanz ziehen, die den Erfolg der Regierungspolitik auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung nachweist. Von 1959 bis 1964 erweiterte sich das Straßennetz von 25.000 auf fast 35.000 Kilometer. Das südamerikanische Land zählt zu den wenigen in jenen Breiten, in denen der Schulbesuch von der Grundschule bis zur Universität kostenlos ist. Fast 50.000 höhere Schüler und über 41.000 Universitäts- und Fachschulstudenten genießen heute Lehrgeldfreiheit.

### Wohnungsbau beispielhaft

Besonders beispielhaft sind die Leistungen im sozialen Wohnungsbau. Die Regierung geht davon aus, daß der Mensch als Mieter stets ausgebeutet wird. Sie bildet daher Wohnungseigentum nach dem Grundsatz der Eigentumstildung breiterer Schichten. Zwischen 1959 und 1964 entstanden 68.258 Wohneinheiten für das schnell wachsende Neunmillionenvolk. Diese Wohnungen gehen in das Eigentum der Besitzer über, die dreißig Jahre lang den ihnen zur Vorfinanzierung gewährten Kredit zu zwei Prozent Zinsen abtragen. Die Finanzmittel stellt das nationale Wohnungsbau-Institut "Banco Obrero" (Arbeiterbank) zur Verfügung. Auch im Krankenhausbau wird viel geleistet. Seit 1959 entstanden Krankenhäuser mit 4.000 Betten; weitere Einrichtungen dieser Art mit 8.500 Betten sind gegenwärtig im Bau.

Die Bewässerung verzeichnet ebenfalls rasante Fortschritte: waren 1959 nur 16.000 Hektar Land künstlich bewässert, so sind es heute 80.000. Im Rahmen der Bodenreform wurden seither über drei Millionen Hektar Land an landlose Bauernfamilien verteilt. Diese 31.000 Familien konnten bisher 1,5 Milliarden Bolivares (1,5 Milliarden DM) an Verkaufserlösen erzielen.

### Eigene Stahlindustrie

Hinzu kommt der Aufbau einer eigenen Stahlindustrie, der das Monopol der amerikanischen Bethlehem Steel Company brechen soll. Auch die Erdölpolitik hat sich geändert: Seit geraumer Zeit erhalten ausländische Ölgesellschaften keine Schürfrechte und Konzessionen mehr. Wenn die geltenden Verträge abgelaufen sind, gehen die Anlagen in venezolanische Hände über. Da Erdöl Venezuelas größter Reichtum ist, hat sich die Regierung bemüht, diese Energiequelle in nationalen Besitz zu bringen und nationaler Kontrolle zu unterstellen.